

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 2/40. Jahrgang

Februar 2009

Schutzgebühr: 0.30 E

Das wärs: Umweltpreis für Gen-Feld-Besetzer

Die Stadt Gießen vergibt jährlich einen Umweltpreis. Meistens bekommen solche Preise Personen oder Gruppen, die im Rahmen ihres Berufes oder Ehrenamtes an öffentlich geförderten Projekten teilnehmen oder staatlich erwünschte Maßnahmen unterstützen. - Wie wärs denn mal mit einem Umweltpreis für die Gegner der Agrar-Gentechnik? Sie gehen ohne

Rücksicht auf eigene Nachteile gegen Versuche vor, genmanipulierte Nahrungsmittel anzupflanzen. In Gießen war in den vergangenen Jahren eine solche Gruppe sehr aktiv. Wir unterstützen den Vorschlag, die Feldbefreier für die aktive Verhinderung von irreversiblen Umweltschäden für den Umweltpreis der Stadt Gießen 2009 zu nominieren! G.L.



Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie



Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank

(Brecht: Dreigroschenoper)

Inhalt:

Landtagswahl/"Schlechte-Bank"	S.2
Private Hipos/Jugendamt	S.3
Tarifrunde/Hartz-IV/Umweltprämie	S.4
Bankrott der Wirtschaft/Bahn	S.5
Justiz und Nazigewalt/Anti-Nazi-Grafik	S.6
Guantanamo/Briefe/Hammerzahl	S.7
Termine/Flughafen/EU-Wahl	S.8

1500 Millionen für die Reichen, 150 Millionen für die Armen

Offizielle Auskunft des Bundesfinanzministeriums darüber, welche Einkommensgruppen wie stark von den im Konjunkturpaket II für die Jahre 2009 und 2010 vorgesehenen Steuersenkungen profitieren: Die Bezieher von niedrigem Einkommen bis 10000 Euro (bei Verheirateten bis 20000 Euro) jährlich werden um insgesamt 150 Millionen Euro entlastet werden.

Gutverdiener mit über 53000 Euro (bzw. 106000 Euro bei Verheirateten) jährlich hingegen bekommen 1450 Millionen Euro, also fast das Zehnfache, an Einkommenssteuerentlastung.

Fazit: Das Konjunkturprogramm II hat nicht viel mit Konjunktur, aber wieder viel mit Steuergeschenken an die Reichen zu tun.

Liebe Leserinnen und Leser!

Diese Zeitung zu machen kostet Geld. Wir bitten daher um **Spenden**, auch damit wir das Echo weiterhin in hoher Auflage von 6000 verteilen können.

Insbesondere bitten wir für dieses Jahr um baldige

Überweisung der Abo-Gebühren

Gießener Echo

Konto Nr. 193070, BLZ 51350025,
Sparkasse Gießen

Es dankt sehr herzlich:

die Echo-Redaktion

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Zum Ergebnis der hessischen Landtagswahl

Der Ausgang der Hessenwahl wurde kaum anders erwartet. Die einzig spannende Frage war: Gelingt es der Partei Die Linke (PDL) wieder in den Landtag einzuziehen?

Trotz vieler Widrigkeiten erreichte sie 5,4% der Stimmen bei einer allerdings niedrigeren Wahlbeteiligung und zieht wieder mit sechs Vertretern in den Landtag ein.

In der FAZ war im Oktober vergangenen Jahres zu lesen: „Die Finanzmarktkrise lenkt Wasser auf die Mühlen der Linken, die sich in ihrem Weltbild bestätigt fühlen... Wie groß heute jedoch die Resonanz von Positionen ist, die an das System der DDR erinnern, zeigt die breite Zustimmung zu Forderungen nach Verstaatlichung von Schlüsselindustrien und der Einschränkung von Eigentumsrechten.“

Die Logik des kapitalistischen Systems machte eine antikommunistische Kampagne erforderlich, die die PDL zu diskreditieren und ihren Wiedereinzug in den Landtag zu verhindern anstrebte. Da wurde aus allen Rohren geschossen. Mehrere hessische Zeitungen weigerten sich, bezahlte Anzeigen anzunehmen.

Spiegel Online vom 13.12.08: „Linke Basis wirft Parteispitze Stasi-Machen-

schaften vor.“ Auch der hessische Verfassungsschutz beteiligte sich gemeinsam mit einigen Vertreter der schon immer rechtslastigen IG BCE an der Hetze und zeigte damit die Angst der Herrschenden vor weiteren Erkenntnissen in der Bevölkerung.

Ein Ziel der antikommunistischen Hetze wurde erreicht. Die PDL, anstatt in die Offensive zu gehen, gab dem Druck nach. Landespressesprecher Dr. Achim Kessler: Die Vorwürfe „offenbaren eine völlige Unkenntnis der Partei DIE LINKE und verharmlosen in unerträglicher Art und Weise die Unrechtsstaten der Staatssicherheit der DDR.“

Nun hat die PDL dennoch ein in mancher Hinsicht optimales Ergebnis erzielt: Sie kann sich in der Oppositionsrolle als „Partei für soziale Gerechtigkeit“ einbringen und profilieren. Zudem bleiben ihr Auseinandersetzungen über Tolerierung bzw. Regierungsbeteiligung erspart. Wir werden ihre parlamentarische Arbeit und auch die angekündigte Verbindung mit außerparlamentarischen Bewegungen verfolgen und uns in dieses Kampffeld einbringen.

Dass die CDU ca. 46.000 Stimmen verloren hat und somit das erwartete

Desaster der SPD ihr nicht mehr gebracht hat, lag in der Person jenes Mannes, der gegen Ausländer hetzte und mehr Jugendliche ins Gefängnis sperren wollte. Der oft gehörte Ruf „Koch muss weg“ hat sicher zum schwachen Abschneiden der CDU beigetragen aber durch diese Personalisierung außer acht gelassen, dass sich durch einen Personenwechsel (gar zu Bouffier?) in der Politik nichts Grundsätzliches ändert.

Für Kommunisten gibt es, bis auf die Tatsache, dass den Nazis wie NPD und Reps kein Erfolg beschieden wurde, wenig Grund zum Jubeln. Studiengebühren können wieder eingeführt werden, wozu nur ein kleiner Wortbruch von Koch erforderlich ist. Hessen wird nicht in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückkehren, wie dies SPD, Grüne und PDL gefordert hatten. Vorgemacht, also raus aus der Tarifgemeinschaft, hat dies übrigens der rosa-rosa Senat in Berlin.

39% Nichtwähler verwundern nicht. Ein Zahlenspiel belegt: trotz ihrer deutlichen Mehrheit können sich CDU und FDP im hessischen Landtag nur auf die Zustimmung von 32% der Wahlberechtigten stützen.

Michael Beltz

„Schlecht-Bank“ belastet uns alle

Wo sitzen die Verursacher der Finanzkrise? Ganz einfach – sie sitzen noch nicht! Zumindest sitzen sie nicht da, wo sie eigentlich hingehören, sondern immer noch an den Schaltstellen in den Banken und jetzt zusätzlich in den Gremien, in denen die Staatsgelder verteilt werden. Während bei Beratungen um den Sozial- oder Bildungsetat um jede Million gefeilscht und nach der Finanzierung gefragt wird, kommt es beim sogenannten Bankenrettungsfonds auf ein paar Milliarden mehr oder weniger nicht an. Die Löcher, die sich in den Bilanzen der Geldhäuser auftun, werden immer größer. Keiner spricht es deutlich aus, aber es ist wohl so: Viele Banken haben ihr Eigenkapital und einen großen Teil der Anlagen ihrer Kunden verzockt. Als Ausweg sehen sie nur eine Möglichkeit: Der Staat übernimmt mit einer zu gründenden „Schlecht-Bank“ die faulen Papiere, am besten zum ehemaligen Nennwert. Das fordert übrigens auch

Herr Ackermann von der Deutschen Bank, der sich angeblich schämen würde,



Staatsgelder zu nehmen. Die Banken könnten weitermachen wie bisher, der Schaden würde auf Generationen die Steuerzahler belasten. Es ginge aber auch anders: 65% des privaten Vermögens in Deutschland gehören nur 10% der Bevölkerung. Dieses Zehntel ist der einzige Nutznießer des Wirtschaftswachstums der vergangenen zehn Jahre. Rund eine Billion Euro ist ihnen in dieser Zeit zugeflossen, bedingt durch diverse „Reformen“. Steuerreformen, Sozialreformen, Arbeitsmarktreformen – all das hat zu der Umverteilung von unten nach oben geführt. Keiner aus dieser Schicht würde verarmen, wenn ihr in den nächsten Jahren durch wirkliche Reformen diese Billion wieder genommen würde um damit die Kosten der Finanzkrise zu decken. Dazu würde aber ein Regierungswechsel nicht reichen, ein grundsätzlicher Politikwechsel müsste erkämpft werden.

Gernot Linhart

Endlich: Der Termin zur OB-Wahl in Gießen steht



... konnten sich alle Parteien auf den gemeinsamen Wahltermin am 11.11. um 14 Uhr einigen.

DKP



Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versand), erm. 10 €. Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Gießen Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkpgiessen@aol.com. Im Internet: <http://www.dkp-giessen.de> <http://www.dkp-hessen.de>

Redaktionsschluß für das März-Echo: 05.03.09

Katastrophale Personalpolitik der Stadt Schleichende Privatisierung der Hipos

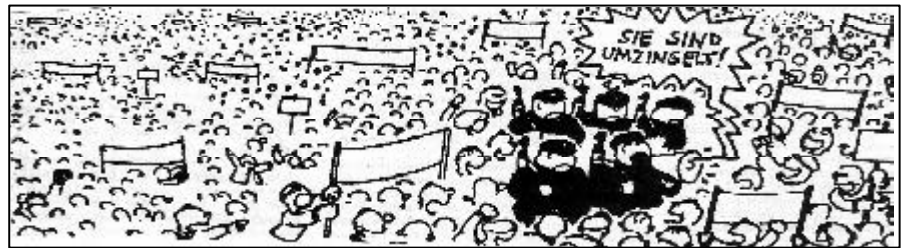
Sechs private Hilfspolizisten sollen demnächst – erst mal für neun Monate - in Gießen arbeiten. begründet wird dies mit einem hohen Krankenstand (25%) unter den Ordnungskräften.

Seit 2002 gibt es ein Dutzend Hilfspolizisten in Gießen, die für rund 1000 Euro netto im Monat vorwiegend die Knöllchen verteilen. Jetzt soll deren Arbeit teilweise von einem privaten Sicherheitsdienst übernommen werden. 180.000 Euro wollen CDU/Grüne/FDP hierfür im Haushalt einstellen. Diese „schleichende Privatisierung“ wird denn auch zu Recht von SPD und Linksfraktion abgelehnt.

900.000 Euro hat die städtische Kasse im Jahr der Einführung der HiPos durch die Vergabe von Knöllchen eingenommen, wobei bekannt ist, daß nur ein sehr geringer Teil der „Verkehrssünder“ erfaßt wird.

Es läßt sich leicht ausrechnen, wieviele normal ausgebildete Polizeibeamte allein hiervon finanziert werden könnten.

Bei einem Besuch in Gießen hatte der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamten im Frühjahr 2007 die „Freiwillige Polizei“ als Moggelpackung abgelehnt, die die Ausgaben senken solle, in erster Linie aber die Qualität senke. M.B.



Zusätzliche Stellen für Jugendamt abgelehnt

Seit langem fordert die Fraktion der Linken einen personellen Ausbau des Jugendamtes.

Diese Forderung griff die SPD-Fraktion nun erneut auf und beantragte drei neue Stellen, wobei der Jugendhilfeausschuss ebenfalls schon länger

ger sechs zusätzliche Stellen als Bedarf nennt.

Aber im Haupt- und Finanzausschuss wurde selbst der unzureichende Antrag der SPD mit den Stimmen der Stadtregierung - CDU/Grüne/FDP - abgeschmettert. K.S.



Stolperstein für Hans Rosenbaum verschoben

Am 12. Februar werden in Gießen die nächsten Stolpersteine verlegt. Leider wird der Stein für Hans Rosenbaum noch nicht gesetzt werden können.

Da das Pflaster in der Innenstadt - Bahnhofstraße Katharinengasse - vollkommen neu gestaltet wird, sollen

alle Verlegungen in diesem Bereich zurückgestellt werden.

Nach einer nochmaligen Ortsbegehung und Berücksichtigung aller zugänglichen alten Zeichnungen wurde jetzt das Grundstück Katharinengasse 11 für die Verlegung des Steines für Hans Rosenbaum bestimmt.

Tarifrunde der Länder

Die Tarifgemeinschaft der Länder hat ver.di für ihre Beschäftigten in den laufenden Verhandlungen immer noch kein Angebot vorgelegt. Gerade jetzt, in den immer deutlicher werdenden Auswirkungen der Krise des Kapitalismus gilt es, die Einkommen der abhängig Beschäftigten deutlich zu erhöhen. So ist die Forderung von ver.di nach einer Erhöhung der Einkommen um 8% oder mindestens 200 Euro monatlich mehr als berechtigt. Unter den weiteren Forderungen sind zu erwähnen: die Übernahme aller Auszubildenden und die 12monatige Laufzeit. Leider hat die hessische Landtagswahl die Verhandlungsposition von ver.di nicht verbessert. Das Land Hessen ist unter Ministerpräsident Koch aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgetreten und mit der neuen kommenden Landesregierung wird es wohl kein Zurück geben. Wir bleiben bei der Forderung: Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder. K.S.



"Umweltprämie"?

Die Abwrackprämie als "Umweltprämie" zu bezeichnen ist schon sehr gelungen. Bis zu 600 000 Autos, die älter als Baujahr 1999 sind, sollen also abgewrackt werden, völlig egal wie ihr Zustand ist. Also keine Schrottautos, sondern lediglich relativ alte Autos sollen verschrottet werden. Dies ist eine Vernichtung von Werten, um neue Werte, sprich Autos zu schaffen, deren Produktion durchaus auch umweltbelastend ist, z.B: Wasserverbrauch während der Produktion, Energieverbrauch usw. Dieses Vorgehen entspricht einem einfachen "weiter so" - nur auf höherem Schuldenniveau und bei steigender Profitrate. Wir Kommunisten fragen: Wie wäre es denn mal mit einer sinnvollen Planung der Wirtschaft, orientiert an den Bedürfnissen der Menschen unter Berücksichtigung der Ressourcen der Erde, anstelle des chaotischen Verschwendens von Ressourcen und Geldern im nicht planbaren Kapitalismus, dessen Markt schon lange nichts mehr regelt außer die Krise zur nächsten Blase voranzutreiben? K.S.



UZ unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung

Woche für Woche
Antikriegszeitung

Probexemplare bzw.
10 Wochen gratis-Abo
(endet automatisch):
UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,
45127 Essen, tel 0201-2486482,
E-mail: UZabo@t-online.de
www.unsere-zeit.de

Erwerbslosigkeit wird kaschiert

Fast gleichzeitig mit den neuen Arbeitslosenzahlen für Gießen hat auch die GIAG ihren Bericht vorgelegt.

Die offizielle Arbeitslosenquote in Gießen Stadt beträgt 13,2%, im Kreis 8,9%; im Januar waren im Kreis 801 Arbeitslose mehr gemeldet, insgesamt 11.823.

Von der GIAG werden 13.700 erwerbsfähige Langzeitarbeitslose verwaltet; mit den Familienangehörigen in den Bedarfsgemeinschaften sind es 19.050 Menschen.

Aber auch eine Addition der beim Arbeitsamt und bei der GIAG gemeldeten Arbeitslosen – 25.523 insgesamt – gibt noch lange keinen Aufschluß über die tatsächliche Höhe der Erwerbslosigkeit. Denn in den Statistiken werden nicht berücksichtigt: 1-Euro-Jobber, alle, die in irgendwelche Maßnahmen (Umschulung, Weiterbildung, Trainingskurse...) gesteckt wurden, und alle, die vor den mit Hartz-IV verbundenen Schikanen resigniert haben und sich sonstwie durchschlagen. Und der Abschwung - Kurzarbeit, Entlassungen - wird die Lage noch verschärfen; immer mehr werden in die Armut abrutschen.

Hartz-IV bedeutet Armut

Das Bundessozialgericht (BSG) hat jetzt zwar nicht generell über die Höhe von Hartz-IV befunden, aber bestätigt: Hartz-IV ist Kinderarmut. Die Begrenzung der Regelsätze für Kinder auf 60% ist nicht begründet; es gibt keine Differenzierung zwischen Neugeborenen und Kindern bis 14 Jahren. Für beide werden lediglich

211 Euro gezahlt; dieser Satz ist jetzt zwar auf 70% angehoben worden, aber immer noch viel zu niedrig.

So notwendig es ist, um jede geringe Verbesserung – um jeden Euro - für die Menschen, die von Hartz-IV leben müssen, zu ringen, so notwendig ist es auch, für die grundsätzliche Abschaffung von Hartz-IV einzutreten.

Von der SPD beschlossen...

Wenn Gerhard Merz, SPD-Stadtverordneter in Gießen und MdL, jetzt, nach dem BSG-Urteil, vollmundig fordert, die Regelsätze für die Kinder zu erhöhen, so sei ihm gesagt: er soll sich an die eigene Nase fassen. Es war die große Koalition, also auch die SPD, die Hartz IV beschlossen hat.

... und von der PDL "verbessert"

Wenn die Partei die Linke (PDL) jetzt ihre "Vorschläge für eine bedarfsdeckende soziale Mindestsicherung" vorlegt, die den Hartz-IV-Empfängern zwar mehr Geld zubilligen, aber prinzipiell an Hartz-IV - z.B. auch an der "zumutbaren Arbeit" - festhält, dann sei ihnen gesagt: Hartz IV muß weg! Das System aus Armut, Schikanen und Zwangsarbeit muß weg.

Arbeitslosengeld bzw. -hilfe muß wieder für die volle Zeit der Arbeitslosigkeit gezahlt werden. Wer die Arbeitslosigkeit bekämpfen will, der muß sich einsetzen für eine radikale Arbeitszeitverkürzung. 25 oder 30 Stunden in der Woche sind genug. Arbeit für alle ist möglich – im Kampf gegen die Macht der Monopole für den Sozialismus. Erika Beltz

Bankrott der Wirtschaft - Bankrott der Wahrheit

Es heißt, im Krieg stirbt die Wahrheit zuerst. Man kann heute anfügen: In der Wirtschaftskrise geht die Wahrheit zuerst bankrott, wobei im Kapitalismus der Weg dahin nicht gerade weit ist. Kanzlerin Merkel erklärte uns noch im Jahr 2008, der Aufschwung komme jetzt bei den Menschen an. Deutsche Bank-Chef Akkermann sah bereits im Mai desselben Jahres „den Anfang vom Ende der Krise“, Bundesbankpräsident Axel Weber drückte noch im Juli eine Zinserhöhung der EZB (Europäische Zentralbank) durch. Dann war die anhaltende „Konjunkturdelle“ (!) nicht mehr zu übersehen. Frau Merkel und Finanzminister Steinbrück sagten im Oktober Nein zu „breit gestreuten Konjunkturprogrammen“, zum „Unsinn der Bereitstellung neuer Straßenbaumittel“, zum „Hochtreiben der Staatsverschuldung“. Jetzt ist das alles Makulatur: Milliarden schwere Rettungspakete für Banken und Industrie werden geschnürt. Das alles ist, nebenbei, kein Wortbruch der Kanzlerin, sondern, so lehrt uns die FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung), ein „Wortwechsel“.

Außergewöhnliche Situationen verlangen außergewöhnliche Maßnahmen, wird uns gesagt, als sei mit der Krise etwas ganz Unvorhergesehenes eingetreten. Die Wahrheit sieht anders aus. Mitte der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ging der Nachkriegsboom (den wir auch nicht dem Genie Ludwig Erhards verdanken) zu Ende. Nach dem verheerenden Krieg herrschte Unterproduktion an Investitions- und Konsumgütern. Etwas Besseres als die-

ser gewaltige Nachholbedarf konnte dem Kapital nicht zustoßen. Dieses schafft bekanntlich zyklisch Überproduktionskrisen, in denen die im Aufschwung hochgefahrenen Produktion wegen zurückgebliebener Massenkaufkraft nicht abgesetzt werden kann. Mit dem Ende des Nachkriegsbooms in den Siebziger konnten die Kapitalisten nicht mehr die Renditen erzielen, an die sie sich in der Hochkonjunktur so gewöhnt hatten. Sie holten sich Hilfe beim Staat, direkte und indirekte Subventionen. Der Staat stützte ganze Industrien, übernahm die Ko-

Milliarden Euro auf inzwischen über 1,5 Billionen - eine Zahl mit zwölf Nullen.

Bisher ist die Wirkung kreditfinanzierter Staatsprogramme weitgehend verpufft. Diese sind im Grundsatz gar nichts Neues und nichts anderes als das, was in die Krise geführt hat. Nur wird heute das Schuldenmachen ins Gigantische gesteigert. Wenn man schon an Wunder glauben will, dann besteht dieses nicht im Auftreten der Krise sondern in ihrem langen Hinauszögern.

Ob das Hinausschieben der Krise noch einmal gelingt, weiß das Kapital und seine Regierung samt den inzwischen kleintönen professoralen Berufsoptimisten auch nicht. Auch sie fragen sich, ob sich der Staat mit der Rettung der kapitalistischen Ökonomie nicht verhebt und die Währung ruiniert. Sie haben durchaus ein mulmiges Gefühl. Zitieren wir nur eine Stimme aus dem Chor der Ratlosen. Der frühere Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff sagt: „Jetzt sind plötzlich alle Geldschleusen geöffnet - allerdings auf Pump... Das Problem sind die gravierenden Schuldenberge. Die werden unsere Kinder und Enkel zurückzahlen müssen oder es endet in einer massiven Inflation“. Die politische Klasse hat da ein Wort voller Wohlklang gefunden: „Tina“ (There is no alternative - es gibt keine Alternative). Natürlich, denn eines kommt für diese Herrschaften nicht in Frage: das Abschaffen einer Gesellschaftsordnung, in der die Verluste sozialisiert werden, die Gewinne aber in ihre privaten Taschen fließen.

Klaus Mewes



sten der Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung, beteiligte sich an den Lohnkosten und subventionierte die Profiteure durch anderes mehr. Das hatte seinen Preis. Seit Mitte der Siebziger explodierten die Staatsschulden, von etwa 100

Milliarden Euro auf inzwischen über 1,5 Billionen - eine Zahl mit zwölf Nullen.

Presseerklärung Aktionsbündnis Sozialproteste

Hartz-IV-Kinder von Kindergeldhöhung ausgenommen

In der Stadt Gießen ist die Anzahl der Kinder, die von Hartz IV, d.h. an bzw. unterhalb der Armutsgrenze, leben müssen, überdurchschnittlich hoch. Dennoch sind sie von der Erhöhung des Kindergeldes ausgeschlossen. Ab 1.1.2009 bekommen Kinder, die keine Hartz-IV-Leistungen beziehen, 10 bzw. 16 Euro mehr Kindergeld. Die Bundesregierung erkennt damit an, dass alle Kinder mehr brauchen. Nur bei Kindern aus Hartz IV-Familien wird das Kindergeld auf ihren Regelsatz angerechnet, sie bekommen keinen Cent mehr...

Norbert Hansen, der Überläufer

Er kennt sich aus. Der frühere Arbeiterführer und Chef der Bahngewerkschaft Transnet (mit den mickrigen Tarifabschlüssen) steht jetzt in der laufenden Tarifrunde als Personalchef der Bahn auf der anderen Seite der Barrikade. Die Kolleginnen und Kollegen fordern neben 10% mehr Geld bessere Arbeitsbedingungen, u.a. mindestens 12 freie Wochenenden im Jahr und eine längerfristige Planung der Schichtdienste. Die Bahn hat nach ersten Warnstreiks ihr "Angebot" von 1% Lohnerhöhung sowie mehrere ertragsabhängige Einmalzahlungen erhöht.



Justiz nachsichtig gegenüber rechter Gewalt

Am 13. Januar wurde das Urteil gegen den Nazi Kevin Schnippkoweit verkündet: wegen „zweifacher gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung“ wurde der 19jährige zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt. Von „versuchtem Totschlag“, wie es noch im Haftbefehl hieß, oder gar versuchtem Mord war nicht mehr die Rede. Das Gericht folgte damit der vom Staatsanwalt beantragten Strafe; NPD-Anwalt Waldschmidt (ehem. NPD-Landtagskandidat, der auch in Gießen den Holocaust-Leugner Wöll verteidigt hatte) plädierte auf Freispruch, denn „Auslöser des dummen Zwischenfalls“ sei Alkohol gewesen. Schnippkoweit, der einer einschlägig bekannten Nazigruppe aus dem Schwalm-Eder-Kreis angehört, hatte im Juli vergangenen Jahres mit drei anderen in einem Feriencamp auf ein 13jähriges schlafendes Mädchen mit Bierflaschen und einem Klappspaten brutal eingeschlagen und es lebensgefährlich am Kopf verletzt. Aus seiner faschistischen Gesinnung machte er keinen Hehl; er habe „Spaß haben und Linke aufmischen wollen“. Dieses nachsichtige Urteil (die Aus-

setzung auf Bewährung wird nicht lange auf sich warten lassen) kann auf

handelt hätte!) Die sieben Festgenommenen waren wenig später wieder auf freiem Fuß. Das ist bezeichnend für den Umgang mit rechter Gewalt, wie auch die Äußerung von CDU-Innenminister Bouffier, daß „Rechtsextreme jetzt um Hesse einen weiten Bogen machen“.

Notwendig ist ein sofortiges Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen, wie es im Potsdamer Abkommen (1945), im Grundgesetz (1949) sowie im Aufnahmeantrag der BRD in die UNO (1973) festgelegt ist. Die Herrschenden wollen das nicht – warum? Die Option eines faschistischen Regimes wird offen gehalten.



Spontane Demo in Gießen nach dem Überfall im Juli

andere Nazi-Schläger geradezu auf-fordernd wirkend. Die rechte Gewalt nimmt von Jahr zu Jahr zu. Die Zahlen sind alarmierend, wobei oft genug ein rechter politischer Hintergrund geleugnet oder verschleiert wird. Polizei und Justiz halten sich zurück. Im Sommer letzten Jahres wurden bei einer Razzia in dieser nordhessischen Nazi-Gruppe nicht nur Aufkleber, Hakenkreuze und Sprayvorlagen gefunden, sondern auch Waffen. (Man stelle sich den Presserumel vor, wenn es sich um eine linke Gruppierung ge-



Gießener Zeitungen lehnten Anti-Nazi-Grafik ab

Beide Gießener Tageszeitungen hatten es abgelehnt, in der Todesanzeige für Frank Pötter die gewünschte Grafik (zerschlagenes Hakenkreuz) aufzunehmen. Grundlage der Entscheidung seien diverse Urteile, die die öffentliche Verbreitung nationalsozialistischer Symbole auch dann verbieten, wenn sie eindeutig anti-faschistisch verfremdet sind. Das stimmt so nicht. Zwar wurde im September 2006 ein Versandhändler vom Stuttgarter Landgericht zu 3600 Euro Geldstrafe verurteilt, weil er Anti-Nazi-Artikel vertrieben hat. Der Handel mit T-Shirts, auf denen zerschlagene Hakenkreuze zu sehen sind, verstöße gegen das Verbot der Verwendung von Nazi-Symbolen. Im März 2007 entschied der Bundesgerichtshof: Der Gebrauch des Kennzeichens einer verfassungswidrigen

Organisation in einer Darstellung, deren Inhalt in offenkundiger und eindeutiger Weise die Gegnerschaft zu der Organisation und die Bekämpfung ihrer Ideologie zum Ausdruck bringt, läuft dem Schutzzweck des § 86 a StGB ersichtlich nicht zuwider und wird daher vom Tatbestand der Vorschrift nicht erfasst. (BGH, Urteil vom 15. 3. 2007 - 3 StR 486/ 06)

Organisation in einer Darstellung, deren Inhalt in offenkundiger und eindeutiger Weise die Gegnerschaft zu der Organisation und die Bekämpfung ihrer Ideologie zum Ausdruck bringt, läuft dem Schutzzweck des § 86 a StGB ersichtlich nicht zuwider und wird daher vom Tatbestand der Vorschrift nicht erfasst. (BGH, Urteil vom 15. 3. 2007 - 3 StR 486/ 06)



Guantánamo ist nicht das einzige Foltergefängnis der USA

Als Zeichen des Bruchs mit der Politik seines Vorgängers hat Barack Obama „innerhalb eines Jahres“ die Schließung des Foltergefängnisses in Guantánamo (auf Kuba) angeordnet. Zeitweise waren dort 800 Menschen in winzigen Zellen ohne Tageslicht, anfangs in Käfigen unter freiem Himmel, eingesperrt, wo sie schwer gequält wurden, die Fotos gingen um die Welt. Aber noch ist es nicht so weit. Es ist nicht geklärt, wer die Mißhandelten aufnimmt. Es ist nicht geklärt, ob sie eine Entschädigung erhalten, wie es auch der UN-Sonderberichterstatter für Folterfälle, Manfred Nowak, fordert: "Es geht zuerst darum, daß die Opfer von Menschenrechtsverletzungen auch wirklich Wiedergutmachung bekommen. Die zweite Frage ist dann, welche Konsequenzen gegen die Täter ergriffen werden." (am 23.1.09 im Deutschlandradio Kultur)

Guantánamo ist nicht das einzige Foltergefängnis der USA. Die Zustän-

de in der afghanischen Haftanstalt in Bagram bei Kabul sind vergleichbar. „Bagram scheint mindestens genauso schlimm zu sein wie Guantánamo,“ so die US-Bürgerrechtsbewegung ACLU. Das Gefängnis ist hoffnungslos überfüllt, die Menschen sind ohne rechtliche Grundlage und ohne Kontakt zur Außenwelt und ihren Anwälten eingesperrt, so das Internationale Rote Kreuz. Und was geschieht mit den geheimen CIA-Gefängnissen in Europa? - Auch daran wird sich Obama messen lassen müssen. Bisher hat er lediglich einen Rückzug der US-Truppen aus dem Irak angekündigt, aber nur um sie verstärkt gegen die afghanische Bevölkerung einzusetzen.

Auch zu der Forderung, daß die USA nach der angekündigten Schließung des Gefangenenlagers Guantánamo dieses Territorium im Osten der Karibikinsel an Kuba zurückgeben sollen, hat er sich nicht geäußert. M.B.



Leserbriefe

Konjunkturprogramme

Die Konjunkturprogramme, die angeblich die Massenkaukraft stärken sollen, sind eine Farce. Denn da, wo gegeben wird, wird auch wieder genommen. So sinkt die Rente real. Für 90% der Bevölkerung steigen Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge immens. Ein Selbstversicherter bei der IKK muss statt wie bisher 122,60 Euro nun 143,64 Euro monatlich berappen. So hat die Beobachtung Bert Brechts bezogen auf die Weltwirtschaftskrise 1929 heute noch Bedeutung: "Die Männer in den Konjunkturforschungsinstituten, die doch über genaue Notierungen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Erscheinungen verfügen, zeigten ihren Kopf nur dadurch, daß sie ihn schüttelten." Uwe Moldenhauer

Kaufkraft schafft Arbeitsplätze

Wer gegen Mindestlohn ist, wie Herr Westerwelle, setzt die Kaufkraft des Volkes herunter und vernichtet Arbeitsplätze. Die Spirale zur Ankurbelung der Konjunktur, so wie sie richtig ist, werden die "Besser-Verdienenden" nie verstehen!

H.D.Bergener



DIE HAMMERZAHL!

19 Stunden ohne Pause LKW gefahren. Diesen traurigen Rekord hält ein LKW-Fahrer aus Hessen, „aufgestellt“ im Mai 2008. Der Fahrer war mit einem 40-Tonnen-Sattelschlepper unterwegs. Gar nicht auszudenken, was so ein völlig übermüdeten Fahrer für schreckliche Unfälle verursachen kann. In einer Pressemitteilung des hiesigen Regierungspräsidiums wird dieser Wahnsinn veröffentlicht. Diese Behörde schweigt aber dazu, wer so etwas letztendlich zu verantworten hat. Speditionen mit Niedrigstlöhnen, die manche Fahrer dazu bringen, solche Selbstmordtouren anzunehmen bzw. zu machen.

Immer noch geht es nach dem Motto: Die Kleinen werden gehängt (der Fahrer muss über 1.400 Euro Strafe zahlen) und die Großen werden laufen gelassen (der Unternehmer zahlt seine Strafe wahrscheinlich aus der Portokasse).

Zusammenstellung: Martin Wagner

Krieg im Gazastreifen!

Veranstaltung der DKP Gießen mit der Journalistin und Buchautorin
Karin Leukefeld

Klassenkampf im Zangengriff nationaler und religiöser Ideologien

Am 3. Januar 2009 begann Israel seine Bodenoffensive gegen die Bevölkerung im Gazastreifen. Die freie Journalistin schreibt unter anderem für die „junge Welt“ und ist Buchautorin. Sie ist eine langjährige Kennerin der Länder des Mittleren und Nahen Ostens. In mehreren Artikeln hat sich mit dem aktuellen Konflikt beschäftigt. Im Zentrum des Abends stehen die sozialen und politökonomischen Hintergründe des Krieges.

Warum gelingt es weder in Israel noch Palästina sozialen Widerstand gegen die jeweils herrschende Bourgeoisie zu mobilisieren?

Montag, 9. Februar, 19.30 Uhr, Versailles-Zimmer der Kongreßhalle

DKP kandidiert zu den EU-Wahlen

Auf ihrem Parteitag am 10. Januar in Berlin hat die DKP ihre Kandidatur zu den EU-Wahlen beschlossen. In seinem Referat führte der Vorsitzende Heinz Stehr u.a. aus: *"Die EU ist ein übernationales Überbaukonstrukt des neoliberalen Kapitalismus. Die EU ist... eine Realität, die die Lebensverhältnisse der Bevölkerung vor allem negativ verändert... Sie ist Teil der imperialistischen Militär-*

strategie, der ökonomischen Strategie des transnationalen Kapitals..."

Die Konferenz wählte eine Liste von 31 Kandidatinnen und Kandidaten, die von Leo Mayer (München) angeführt wird; aus Hessen kandidieren Gebhard Hofner, Eva Petermann, Georg Fülberth und Thomas Knecht. - Um zur Wahl zugelassen zu werden muß die DKP 4000 Unterstützungsunterschriften sammeln.

Flughafen AG läßt abholzen

Obwohl die Klagen zahlreicher Bürger, Organisationen und Gemeinden gegen den Bau einer 4. Bahn am Frankfurter Flughafen noch nicht gerichtlich entschieden sind, werden die Wälder schon abholzt. Ein massives Polizeiaufgebot und private Sicherheitsdienste (mit Billiglöhnen) sichern die Arbeiten ab, es sollen sogar 1-Euro-Jobber dabei mitmachen. Die Flughafen AG und Landesregierung, vertrauen darauf, daß ihre Absprachen mit einem befangenen Gericht zu einem für sie günstigen Urteil führen. Angeblich dient der Bau der Landebahn dem Gemeinwohl. Der Schutz der Bewohner des Rhein-Main-Gebietes vor Lärm bei Tag und Nacht, vor Abgasen und Naturzerstörung widerspricht angeblich dem Gemeinwohl. Es heißt, der Flughafen

müsse größer werden um mit Paris und London konkurrieren zu können. Aber was soll diese Konkurrenz? Niemand wird statt nach Frankfurt nach London oder Paris fliegen, weil dort ein größerer Flughafen ist. Eine Konkurrenz gibt es nur um Umsteiger-Flüge – aber ob ein dichtbesiedeltes Gebiet der richtige Standort für ein internationales Flug-Drehkreuz ist, müßte öffentlich und ehrlich diskutiert werden. Übrigens, die Flughäfen Paris und London haben nur jeweils 2 Bahnen, in London gibt es eine heftige Auseinandersetzung mit den Anwohnern um den Bau einer dritten Bahn. Weshalb braucht Frankfurt eigentlich 4 Bahnen für weniger Flugbewegungen – oder gibt es noch andere Interessen als die des zivilen Luftverkehrs? Gernot Linhart

24. 3.: Solidarität in Belgrad demonstrieren

10 Jahre NATO-Aggressionskrieg gegen Jugoslawien

Am 24.3.'09 jährt sich zum zehnten Mal der Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffs der NATO-Staaten auf die Bundesrepublik Jugoslawien. Die NATO-Bombardements richteten sich zu über 80% gegen zivile Ziele, Wohnhäuser, Arbeitsplätze, Kliniken und Schulen. Mehr als 50.000 Geschosse mit abgereichertem Uran vergifteten langfristig die Umwelt, mit dem Bombardieren von chemischen Produktionsstätten wurde die chemische Vergiftung von Menschen und Umwelt praktiziert, Streubomben und -minen entfalten noch heute ihre tödliche Wirkung... (Der ganze Wortlaut des Aufrufes ist beim Echo erhältlich)

Wir zahlen nicht für eure Krise

bundesweite Demonstrationen in Berlin und Frankfurt/Main am Samstag, dem 28. März

... Die Reichen und Profiteure sollen zahlen. Wir wollen, dass die Verursacher der Krise zur Kasse gebeten werden. Das globale private Geldvermögen hat im Jahr 2007 die Summe von 105 Billionen Dollar erreicht und ist in acht Jahren um 50% angestiegen... (Der ganze Wortlaut des Aufrufes von u.a. BUND, attac, Gewerkschaftern ist beim Echo erhältlich)



Eintritt ist frei, ab sofort ist der Button für 5 Euro zu haben; er dient auch zur Finanzierung des Festes. Wer helfen will und Schichten im Hessianzelt übernehmen kann, wer weitere Einzelheiten erfahren möchte, bitte melden.

Es gibt wieder die Möglichkeit neben dem Festgelände zu zelten. Letzte Meldung: **Am Freitag, 19.6. tritt Konstantin Wecker auf.**

Jeden Montag, 18 bis 19 h bei den 3 Schwätzern:

Protest gegen Hartz IV

Gießener Montags-Demo: www.gimode.wordpress.com